

Mit Christine Tönneke, Frankenberger im Studio, guten Morgen am Montag mit diesen Themen.
Wie wird der Steuerkuchen zwischen Bund und Ländern verteilt?

Landeshauptleute und Finanzminister versuchen heute einen großen Schritt beim Finanzausgleich zu setzen.

Die hohe Inflation lässt die Einnahmen sprudeln.

Welche Vorschläge sind sinnvoll, das bespreche ich mit der Budgetexpertin Margit Schratzenstaller vom Wirtschaftsforschungsinstitut.

Wir blicken auf die immer noch große Abhängigkeit von Asien bei der Versorgung mit Medikamenten,

die im Vorjahr zu eng Pessen in Österreich geführt hat.

Hören Sie eine Reportage aus Mroko, wo tausende Kinder aus zerstörten Bergtörfern in Schulen nach Marrakesch gebracht werden.

Und stark unterschätzt Ablenkung im Straßenverkehr als Unfallursache Nummer 1.

Die Kultur bringt Ihnen Maja Hadalaps, Neun Roman, Nachtfrauen zu Gehör, die Wetterprognose hat Gunter Schuller.

Viel los heute beim Wetter.

Vorerst gibt es zum Teil kräftigen Südföhn, einige San Sonne und nach Süden zu Strecken, weil sie auch Nebel und Hochnebel.

Im Tagesverlauf kommen von Westen vermehrt Wolken und eine Gewitter- und Regenzone.

Konkret wird es im Lauf des Nachmittags von Vor-Arelberg bis in Salzkammergut und bis Oberkärntenregnerisch bzw. Gewitträg.

Am Abend ziehen dann auch im Donorraum und im Norden Österreich Schau- und Gewitterzellen durch.

Warem starten wir schon im Westen Österreichs 23 Grad hat es jetzt im Brand.

In Wien momentan 14 bis 18 Grad, Eisenstadt 17, St. Pölten 14, Linz 16 Grad, Salzburg und Innsbruck 15, Bregenz 20 Grad, 14 und Klagenfurt 15 Grad und die Höchstärte heute 24 bis 31 Grad.

Morgen frisch und meist 18 bis 24 im Osten bis zu 26 Grad.

Am Mittwoch stellenweise schon wieder bis zu 28 Grad, am Donnerstag sogar bis zu 30.

Der Sommer ist also auch mit dem Durchzug der heutigen Front noch nicht vorbei.

Heute ist ein wichtiger Tag für die Gestaltung des Finanzausgleichs.

In Wien findet am Vormittag eine außerordentliche Sitzung der Landeshauptleute-Konferenz statt, dabei wird zwischen Bilanz über die laufenden Finanzausgleichsverhandlungen gezogen und Finanzminister

Brunner hat sein Kommen zugesagt.

Die Länder drängen vehement auf eine Änderung des Schlüssel, nachdem die gemeinschaftlichen Bundesausgaben verteilt werden und zwar zu ihrem eigenen und zum Vorteil der Gemeinden.

Der Bund hat stattdessen Sondermilliarden zugesagt.

Fachleute sagen, es brauche mehr, als bisher auf dem Tisch liegt.

Stefan Kappacher

Es sind aktuell 105 Milliarden Euro, die zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verteilt werden.

Der Bund soll statt 68 nur noch 60 Prozent davon kriegen, so die Forderung.

Das würde viel Geld bewegen, sagt Caroline Mitterer vom Zentrum für Verwaltungsforschung KDZ.

Diese Änderung des Schlüsselns würden wir uns bei etwa 7 Milliarden Euro bewegen.

Das Finanzministerium sagt, eine bloße Veränderung des Schlüsseln sei nicht zielführend und hat einen Zukunftsfonds angeboten, in dem Mittel für Kinderbetreuung, Wohnen und Klima bereitgestellt werden sollen.

Wichtig und gut, sagt Expertin Mitterer, aber es braucht einerseits eine stabile Basisfinanzierung und da braucht es diese Anpassung des vertikalen Schlüsseln und agentient eben diese Förderprogramme unbestimmte Ziele zu erreichen.

Die von Bund bis her zugesagten Milliarden seien eine Mischung aus der Verlängerung von Basisfinanzierungen und Mitteln für Investitionen.

Insofern ist das natürlich zu relativieren, dieses hohe Angebot von Seiten des Bundes und das bleibt dann bei genauer Betrachtung nicht mehr allzu viel über.

Insofern glaube ich, dass sie schon noch weit auseinander sind aktuell.

Sagt Caroline Mitterer, zumal ein ganz wichtiger Bereich noch überhaupt nicht totiert worden sei. Alleine Klimaschutz und Klimawandel anpassend müsste man mindestens eine Milliarde in die Hand nehmen.

Und zwar pro Jahr.

Mitterer nennt das Beispiel für die strukturelle Skiflage des Finanzausgleichs die Kinderbetreuung, wo?

Nur ein reines Ausproprogramm nicht reicht, sondern es braucht eben auch diese Basisfinanzierung, um den laufenden Betrieb abzusichern.

Und das ist etwas, das wurde in den letzten Jahren vernachlässigt.

Und zwar deswegen, weil mit Gesundheitsfonds, Pflegefonds, Kinderbetreuungs milliarde und dann vielleicht noch einem Zukunftsfonds längst ein Parallelsystem entstanden sei, dass der Bund steuert, der will nach der Abschaffung der kalten Progression nicht noch mehr Spielraum im Budget verlieren.

Der Verwaltungsrechtler Peter Busjäger dazu.

Tatsache ist, dass dadurch die Situation für den Finanzminister nicht einfacher geworden ist, aber auch für die anderen Finanzausgleichspartner.

Es sitzen also alle in einem Boot, wenn auch der Bund etwas bequemer als Länder und Gemeinden. Letztlich sitzt der Bundesgesetzgeber auf dem längeren Ast, weil er das Finanzausgleichsgesetz erlässt.

Allerdings könnten die Länder dann dieses Finanzausgleichsgesetz beim Verfassungsgerichtshof anfächten,

wenn es tatsächlich so sein sollte, dass es ihren Finanzierungsbedarfen nicht gerecht würde.

Was Busjäger das kiziert, ist ein Szenario eklatanten Politikversagens, auf das es am Ende wohl keiner der Akteure ankommen lassen wird.

Der Finanzausgleich steht vor einer wichtigen Runde.

Dazu begrüße ich Margit Schratzenstaller am Telefon, Budgetexpertin im BIFO.

Guten Morgen.

Schönen guten Morgen.

Beginnen wir bei grundsätzlichen Dingen bei den Mitteln, die der Bund zum Verteilen zur Verfügung hat.

Wie entwickelt sich das in diesen Zeiten der hohen Inflation?

Wie verändert sich die Größe des Kuchens im Vergleich zu den Vorjahren?

Na ja, ganz grundsätzlich ist es so, dass natürlich durch die Inflation die Gemeinschaftlichen oder einige der gemeinschaftlichen Bundesabgaben, die da verteilt werden, dann auch an Länder und Gemeinden natürlich unmittelbar erst mal zunehmen.

Und insofern der Kuchen, der zu verteilen ist, zwar zunimmt, aber auf der anderen Seite ziehen auch die Ausgaben nach.

Es haben Bund, Länder und Gemeinden höhere Ausgaben für die Gehälter.

Es sind einige Sozialleistungen valorisiert worden.

Die Energiekosten steigen, die Bauprojekte werden teurer.

Und dieser dynamischen Entwicklung der Einnahmen ist ja gewissermaßen ein Riegel vorgeschoben worden,

zumindest im Bereich der Einkommensteuer und Lohnsteuer durch diese Abschaffung der kalten Progression,

die das Einnahmenwachstum auch bremst.

Also insgesamt ist die Inflation für alle gebietskörperschaftlichen Ebenen schon eine Belastung.

Aber die Einnahmen-Situation ist gut, wäre jetzt ein angemessener Zeitpunkt,

den der Bund nutzen könnte, um den Ländern und Gemeinden strukturelle Verbesserungen zu gewähren?

Also ich denke schon, dass man über Strukturreformen ganz unbedingt nachdenken muss.

Ich glaube aber nicht, dass man jetzt quasi strukturelle Verbesserungen im Sinne der,

also von zusätzlichen Finanzmitteln einfach ohne Vorgaben gewähren kann.

Ich glaube, es ist jetzt überhaupt nicht die Zeit, um hier großzugehöriger Verteilen zu können.

Im Beitrag haben wir gehört, dass es beides brauche mehr Geld für Länder und Gemeinden bei der prozentualen Verteilung der Mittel im Verahntsausgleich,

plus Gelder aus dem Zukunft, den der Finanzminister in Spiel gebracht hat,

in den Bereichen Kinderbetreuung, Wohnen und Klima.

Wäre eine Kombination aus beidem aus ihrer Sicht sinnvoll?

Also ich denke schon, dass man drüber nachdenken sollte, hier die Finanzierung überhaupt ein bisschen auf neue Beine zu stellen

und über Kombinationslösungen quasi nachzudenken.

Ich glaube, es wird eine Mischung brauchen auf der einen Seite zusätzliche Mittel im Rahmen eines Zukunftsfonds,

zum Beispiel um in die großen wichtigen Bereiche der Zukunft zu investieren,

ob das die Kinderbetreuung ist oder der Klimaschutz ist.

Und das gekoppelt eben an die Erreichung von bestimmten Zielen.

Ich glaube aber auch, dass man drüber nachdenken sollte, die Ertragsanteile zu erhöhen,

wobei ich schon auch dafür bin, dass man das erstmal macht mit im Rahmen einer,

also im Rahmen von Zweckgewittmungen, im Rahmen von Zielvorgaben

und dass man das daran koppelt, dass man unmittelbar mit den großen Strukturreformen beginnt.

Wir haben ja viele Bereiche, wo die Ausgabendynamik in den nächsten Jahren sehr hoch werden wird,

wo wir gleichzeitig wissen, dass wir große Ineffizienzen haben.

Und mehr Geld sollte es nur geben für eine effizientere Mittelverwendung.

Und ich glaube auch, wo drüber noch nicht gesprochen worden ist,

wir sollten die dritte Säule einer Neuordnung der Finanzierung auch stärker nutzen, nämlich den Ausbau der Abgabenautonomie von Ländern und Gemeinden, Stichwort Ausbau der Grundsteuer.

Jetzt geht es im Finanzausgleich unter anderem auch um Kosten, die nachhaltig deutlich steigen, Pflege und Gesundheit zum Beispiel.

Ob es der Schritt in Richtung Finanzierung aus einer Hand geben wird, ist offen, aber bleiben wir bei den Kosten.

Die hohe Inflation hält derzeit auch die Einnahmen bei der Umsatzsteuer hoch, wenn die Inflation eines Tages wieder deutlich niedriger liegt.

Wie sieht das dann aus für die Finanzierung dieser Bereiche?

Naja, es ist ja so, dass die Inflation ja auf beiden Seiten der öffentlichen Haushalte wird.

Sie treibt natürlich die Einnahmenentwicklung, aber sie treibt natürlich auch die Ausgabenentwicklung.

Und wenn langfristig die Inflation wieder zurückgeht oder mittelfristig up und wir ausgehen, dann lastet das natürlich auch ausgabenseitig.

Die Kosten für den Klimaschutz und für Klimaschutzanpassungen sind im Finanzausgleich noch gar nicht eingepreist.

Haben wir im Beitrag gehört, eine Milliarde pro Jahr müsste dotiert werden, hieß es da vom Zentrum für Verwaltungsforschung.

Wie könnte die Finanzierung sinnvollerweise aussehen aus ihrer Sicht?

Also ganz grundsätzlich denke ich, dass das eine ganz, ganz wichtige Frage ist, die bis jetzt noch zu wenig Beachtung gefunden hat.

Es sind ja Bund, Länder und Gemeinden sehr stark gefordert in den Klimaschutz und auch in die Klimawandelanpassung zu investieren.

Ich habe kein fertiges Konzept für einen Finanzierungsmechanismus, ist es aber auf jeden Fall notwendig, sich solch einen Finanzierungsmechanismus zu überlegen.

Ich gehe auch davon aus, dass wir hier Ausgabenbedarfe in Milliardenhöhe haben.

Also diese Finanzierungsfrage, die muss dringend geklärt werden.

Und ich glaube, wir brauchen auch weitere Schritte, um überhaupt den Finanzhaus gleich zu ökologisieren.

Das ist aber eher noch Zukunftsmusik oder sehen Sie hier Chancen schaffen den bevorstehenden Finanzausgleich?

Also ich würde schon meinen, dass man hier im bevorstehenden Finanzausgleich erste Schritte setzen kann, indem man zum Beispiel diesen Zukunftsfonds entsprechend dotiert für die Klimaschutz Ausgaben.

Es wird hier einen breiten Ansatz brauchen, es wird hier Ansätze brauchen, die man kurzfristig umsetzen kann, eben zum Beispiel mehr Mittel für den Klimaschutz.

Man kann zum Beispiel auch den Wombauförderungsbeitrag wieder zweckgewitmen und teilweise in die Altbausanierung stecken.

Also hier gibt es schon eine Reihe von kurzfristigen Ansätzen.

Mittelfristig muss man die Klimagabernennstärken.

Also man braucht eine stärkere Zusammenarbeit zwischen Bundländern und Gemeinden, was die Ziele anbelangt, was aber auch spezielle Politikbereiche anbelangt, die für den Klimaschutz wichtig sind.

Man muss die Förderungen besser koordinieren.

Man muss die klimaschädlichen Subventionen koordiniert überprüfen und man braucht eben diesen Mechanismus, um auch mittel- und langfristig die Klimainvestitionen auch zu teilen.

Sagt Margit Schratzenstrahler vom Wirtschaftsforschungsinstitut.

Danke für das Gespräch und einen guten Tag.

Vielen Dank, auch einen schönen Tag.

Und jetzt schauen wir auf die Medikamentenversorgung in Österreich und Europa nach Engpässen in der vergangenen Grippezeit.

Der Winter ist nicht mehr besonders weit und dann wird auch klar werden, wie es um die Versorgung genau steht.

Fest steht noch immer kommt der Großteil unserer Medikamente oder deren Wirkstoffe aus Asien.

Zwar gibt es einzelne nationale Projekte, um die Abhängigkeit zu reduzieren.

Im Großen und Ganzen hat sich aber kaum etwas getan, wie der Verband der Hersteller von Medikamenten FAMIC kritisiert.

Max Nikols informiert.

Ohne China und Indien wären die Regale unserer Apotheken ziemlich leer.

70 bis 80 Prozent unserer Medikamente, so heißt es in Branchen-Schätzungen, kommen von dort oder benötigen dort produzierte Inhaltsstoffe.

Das wollte die Europäische Union, das wollte Österreich eigentlich ändern.

50 Millionen Euro hat man etwa in Kundl in Tirol in die Hand genommen, damit das dortige letzte europäische Antibiotika-Werk bleibt, wo es ist.

Das war es dann aber auch wieder, kritisiert die FAMIC, der Verband der pharmazeutischen Industrie Österreichs.

Auf europäischer Ebene werde zwar darüber diskutiert, die Abhängigkeit bei Medikamenten zu reduzieren.

Auf nationaler Ebene nicht einmal das, sagt der Generalsekretär der FAMIC Alexander Herzog.

Auf europäischer Ebene hat man eine Diskussion gestartet mit der europäischen Farmer-Legislation.

Zwar nicht in die Richtungen, die wir glauben, dass er sich sinnvoll entwickelt, aber es ist etwas passiert.

Aber auf nationaler Ebene haben wir hier keine nennenswerten Initiativen, seitens des Gesundheitsministeriums oder seitens der für die Gesundheit oder die Medikamentenversorgung zuständigen Behörden gesehen.

Auf Nachfrage beim Gesundheitsministerium, ob das so sei und wenn ja, warum sich in den vergangenen Jahren hier nichts getan habe, verweist man schriftlich auf die auch von Herzogenannten Bemühungen der Europäischen Union.

Die EU-Kommission hat im Mai einen Vorschlag zur Aktualisierung der EU-Arzneimittelgesetzgebung veröffentlicht.

Sie umfasst unter anderem das Ziel, die Produktion von Medikamenten langfristig wieder nach Europa zu bringen

und Medikamente ohne Einschränkungen verfügbar, allgemein zugänglich und leistbar zu erhalten.
Langfristig wird damit auch die Versorgung mit Medikamenten in Österreich sichergestellt.
Doch es gibt auch Länder, die eigene Wege gehen.
Frankreich etwa hat im heurigen Juni angekündigt, für 50 essentielle Medikamente die Herstellung des Rohstoffs oder des Endproduktes nach Frankreich zu verlegen.
Dabei sind etwa Krebs aber auch Schmerzmittel.
Paracetamol etwa soll ab 2025 wieder in Frankreich und damit in Europa produziert werden.
Insgesamt will Frankreich für seinen Gesundheitsplan 2030 bis zu 7,5 Milliarden Euro in die Hand nehmen.
Versuche die Abhängigkeit bei der Medikamentenversorgung von Indien und China zu reduzieren.
Was ist alles zu tun, um hier eine Trendwende einzuleiten?
Darüber spreche ich im Morgen Journal um 8 mit dem Komplexitätsforscher und Lieferketenexperten Peter Klimek.
Im Erdbebengebiet in Marokko beginnt die zweite Woche, in der die meisten Kinder und Jugendlichen nicht mehr in die Schule gehen können.
Auch Schulgebäude wurden zerstört.
Schülerinnen und Schüler in besonders betroffenen Bergtöpfen sollen nun nach Marrakesch gebracht werden.
Laut dem UNO-Hilfswerk UNICEF sind bis zu 100.000 Kinder von dem Beben betroffen.
Das war einmal der Schreibtisch seines Sohnes, sagt Mohammed.
Er schiebt aus der Decke gebrochene Trümmerbeiseite, zieht drei Schulbücher aus dem Fach unter dem winzigen Tisch.
Darauf steht ein staubbedeckter Pokal.
Mohammed weint, als er durch sein zerstörtes Haus in der Nähe von Asni führt.
Der siebenjährige Ahmed folgt im Still.
Das ganze Dorf schläft jetzt in wenigen Zelten, erzählt er.
Tagsüber ist es unter dem Plastik sehr heiß und am Abend wird es kalt.
Wir halten das aus, aber im November-Dezember schneit es.
Für die Kinder ist das unmöglich, sagt der Dreifangevater.
100.000 Kinder sind laut UNICEF von dem Erdbeben in Marokko betroffen.
Ihr Unterricht wurde ausgesetzt, deshalb sind viele auf den Straßen unterwegs.
In Asilo steht eine junge Frau in einem leuchtend blauen Kleid.
Vor 40 Kindern in einem Zelt.
Sie sitzen eng gedrängt auf Paletten und singen.
Hala Hado übt mit ihnen Englisch.
Ich dachte, ich kann sie ein wenig ablenken von dem, was passiert ist.
Weil das Leben gedweitet.

Sie soll nicht nur darüber nachdenken, wann das nächste Beben kommt.
Die 28-Jährige macht das freiwillig für zwei Wochen,
dann muss sie wieder in Marokkesch arbeiten.
Über Kolleginnen und Kollegen würde sie sich freuen.
Vielleicht Mathe oder Physik, sagt Hala.
Vor ihr sitzen Kinder und Jugendliche ein Alter von 3 bis 17 Jahren.
Hanna hat vor dem Beben die Abschlussklasse im Gymnasium von Asro besucht.
Schülerinnen und Schüler aus umliegenden Dörfern sind auch hergekommen.
Die Schule ist zerstört, die Klasse ist zerstört.
Die Behörden sagen, sie kommen am Montag und schauen sie an, sagt Hanna.
Wenn sie uns in eine andere Schule schicken, ist das weit.
Wir brauchen einen Transport, das heißt, wir brauchen auch Geld,
um dorthin zu gehen.
800 Kinder wurden über das Wochenende bereits nach Marokkesch gebracht,
um unterrichtet zu werden.
Hanna will unbedingt auch weiter in die Schule gehen.
Man braucht eine gute Ausbildung, sollte die Sprache von anderen Leuten lernen.
Eine Sprache ist nicht genug im Leben, sagt sie.
Etwas weiter in den Bergen,
schaut Sana von ihrem zerstörten Haus aus ins Tal.
Die 19-Jährige studiert seit einem Jahr, will auch Englisch-Lehrerin werden.
Diese Woche hat sie eine wichtige Prüfung.
Ich habe mein Haus verloren, ich kann meine Familie jetzt nicht alleine lassen,
aber ich muss lernen, sagt Sana.
Der Traum ist es, den Mädchen in ihrem Dorf Englisch beizubringen.
Sie fühlt sich hin und her gerissen.
Es ist nichts mehr wie vorher.
Wenn du dein Haus verlierst, weißt du nicht, was du tun solltest.
Sagt die Studentin Sana in einer Reportage von Verena Sophie Meyer in Marokko.
New York ist diese Woche das Zentrum der Weltdiplomatie.
Heute beginnt die Generaldebatte der Vereinten Nationen
mit ihren 193 Mitgliedslettern.
Diskutiert werden die großen Krisen unserer Zeit,
vom Krieg in der Ukraine über Klimaschutz
bis hin zur größer werdenden Schere zwischen Arm und Reich.
Die sich verschlimmende Klimakrise, eskalierende Konflikte,
hohe Lebenserhaltungskosten, steigende Ungleichheit
und dramatische technologische Umwälzungen.
Die Menschheit befindet sich in einem Schlamassel
und hat die Werte von ihren Führungspersonen Auswege zu finden,
sagt UNO-Generalsekretär Antonio Guterres.
Für diese Herausforderung stehen die UNO-Mitgliedstaaten
bei der Vollversammlung hier in New York nun.
Der Krieg in der Ukraine wird sich wie ein roter Waden

durch sämtliche Gipfel und Veranstaltungen ziehen.

Einen politischen Durchbruch sollte man nicht erwarten, sagt Guterres.

Von Friedensgesprächen sei man weit entfernt.

Aber man hoffe auf Durchbruch, um Kollateralschäden des Krieges abzdämpfen.

Moskau etwa soll überzeugt werden, den Schwarzmerksport von ukrainischem Getreide wieder zuzulassen,

Getreide, das zu großen Teilen in Entwicklungsländern dringend gebraucht wird.

Der ukrainische Präsident Volodymyr Selenski will persönlich und anderen bei der Generaldebatte morgen

als auch im UN-Sicherheitsrat am Mittwoch für mehr Unterstützung werben.

Mit Spannung wird die Reaktion des russischen Außenministers Angela Frau erwartet.

Zudem wird sich zeigen, wie sich die asiatischen, afrikanischen und lateinamerikanischen Länder positionieren.

Viele Staatschefs und Chefinnen des Globalen Südens haben ja klargemacht, dass für sie jetzt die Zeit der Diplomatie gekommen sei.

Sie kritisieren, dass andere Krisen zu kurz kommen würden, führt die deutsche Außenministerin Annalena Baerbock aus.

Viele Länder, die wir um Unterstützung in den letzten 1,5 Jahren gemeinsam gebeten haben, das muss man selbst reflektiv auch sagen, haben uns gefragt, warum sollen wir euch beistehen,

jetzt, wo euer Frieden in Europa bedroht ist, wenn ihr nicht da wart, als wir euch brauchten?

Daher wird es in dieser Woche auch darum gehen, inwiefern die UNOLS-Institution reformiert werden muss und wie Vertrauen wieder aufgebaut werden kann.

Eine gemeinsame Anstrengung braucht es vor allem auch, weil die Gefahr bestünde, dass die UNO-Nachhaltigkeitsziele darunter Klimaschutz oder der Kampf gegen extremer Armut und Hunger bedeutungslos werden, sagt UNO-Generalsekretär Guterres.

Man dürfe nicht noch mehr Zeit verlieren.

Doch von den einflussreichen, ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats, China, Frankreich, Großbritannien, Russland und USA

ist US-Präsident Joe Biden der einzige Staatschefte überhaupt in New York erscheint.

Österreich wird heuer durch Bundespräsident Alexander van der Bellen und Außenminister Alexander Schalenberg vertreten.

Berichtet ihnen Inkarpie aus New York.

Zurück nach Österreich jetzt, wo im Schnitt jeder dritte Verkehrsunfall auf Ablenkung zurückzuführen ist.

Sie ist Unfallursache Nummer eins und wird massiv unterschätzt.

Das zeigt eine Verkehrsbeobachtung des Kuratoriums für Verkehrssicherheit sowie eine Studie des UAMTC.

Bis zu zwölf Sekunden nimmt Blindflug unterwegs.

Vor allem das Handy am Steuer lässt das Unfallrisiko um ein Vielfaches ansteigen.

Berthe Thomasowitsch.

Telefonieren ohne Freisprech-Einrichtung erhöht das Unfallrisiko um das Fünffache, Text schreiben um das 23-Fache,

so die Daten des Kuratoriums für Verkehrssicherheit, kurz KfV.

Im Fahrtechnikzentrum des UAMTC wurde die Theorie in der Praxis erprobt.

Die Aufgabe? Die Testlenkerinnen und Lenker sollten während des Fahrens eine SMS schreiben und trotzdem rechtzeitig von einem Zebra Streifen anhalten können.

Marian Seidenberger, die für den UAMTC die Studie durchgeführt hat.

Also wäre dort ein Fußgänger gekommen, hätte niemand rechtzeitig anhalten können und es wäre zu einer Koalition mit dem Fußgänger gekommen.

Denn genau zeitgleich, als der Zebra Streifen kam, mussten sie das SMS beantworten

und somit waren die Blicke weg von der Fahrbahn.

Die Hände waren mit dem Handy beschäftigt

und man hätte eigentlich nicht zeitgerecht anhalten können.

Doch selbst einfachste Tätigkeiten wie während der Fahrt

einen Schluck aus einer Wasserflasche trinken,

haben die Fahrerinnen und Fahrer so abgelenkt,

dass sie zum Sicherheitsrisiko wurden.

Interessant war, während der Manipulation mit der Trinkflasche

verliert man eigentlich die Fahrspur.

Man bündelt in der Fahrspur herum

und besonders auffällig wird es dann, wenn man gerade in einer Kurve unterwegs ist,

man neigt zum Gegenverkehr

oder man neigt hinaus aufs Bankett zu fahren.

Alle Testpersonen haben sich selbst besser eingeschätzt, als sie tatsächlich sind.

Wir haben festgestellt, dass eben jede Nebentätigkeit messbare Auswirkungen hat,

ob das Fahrverhalten und wenn man dann zum Beispiel zu spät bremst

oder gerade abgelenkt ist mit den Augen, wo ganz woanders hinblickt,

dann hat man keine nötigen Sicherheitsressourcen mehr

und der Unfall ist quasi schon vorprogrammiert.

Beim SMS-Tippen und Lesen waren die Testpersonen sogar bis zu 123 Meter im Blindflug unterwegs.

Vor allem bei den Jungen ist das Handy zum Alltagsgegenstand geworden

und sie sind besonders gefährdet, sich bei der Handinnutzung am Steuer zu überschätzen.

Junge glauben viel kürzere Zeit zu benötigen während einer Ablenkungsaufgabe

und da hat sich gezeigt, dass auch junge Leute 10 bis 12 Sekunden die Blicke weg von der Fahrbahn haben,

während sie ein ganz kurzes SMS nur beantworten.

Abgelenkt ist man aber nicht nur im Auto, das trifft auch auf Radfahren dazu

und auch auf jene, die zu Fuß gehen.

Die Zahl der abgelenkten Fußgängerinnen und Fußgänger ist laut KfV seit 2016 von 30 auf 37

Prozent gestiegen,
bei den Radfahrenden von 8 auf 17 Prozent.
Im Vorjahr sind mehr als 9.000 Personen bei Ablenkungsunfällen verletzt worden, 76 wurden
getötet.
Unfälle, die sich zum Teil verhindern hätten lassen.
Zur Kultur im Morgenjournal, die Schriftstellerin Maja Haderlapp hat vor 12 Jahren den Ingeborg
Bachmann Preise halten
für einen Auszug aus ihrem Debüt Roman Engel des Vergessens.
Nun ist ihr zweiter Roman Nachtfrauen erschienen, der ebenfalls im zweisprachigen Südenkernens
spielt.
Er erzählt von drei Frauengenerationen zwischen patriarchalen Strukturen, politischer
Unterdrückung,
harte Arbeit, Angst und Scham, Judith Hoffmann.
Seit 30 Jahren fährt Mira regelmäßig von Wien in Südkärnter Heimatdorf diesmal mit einer heiklen
Mission.
Sie soll ihre Mutter Anneta zu überreden, ins Altersheim zu gehen.
Der Cousin will nämlich anstelle ihres kleinen Hauses auf dem Hof des Onkels eine
Tischlerwerkstatt errichten.
Die notwendige Räumung konfrontiert auch die Tochter mit den vielen sichtbaren und unsichtbaren
Spuren der Vergangenheit, die im Haus herumschweben.
Mira fährt sozusagen in das Innere ihrer Kindheit.
Sagt Maja Hadellab über ihre Protagonistin, die sich vor vielen Jahren vom slovenischen
Kulturverein von der Dorfgemeinschaft und von ihrer Sprache entfernt hat.
Und die für mich einen sehr kanterischen Typus verkörpert.
Nämlich sehr viele Menschen, die von heute auf morgen aufgehört haben mit ihren Kindern
slovenisch zu sprechen,
weil sie Angst hatten, damit die Kinder in Schwierigkeiten zu bringen.
Die sich also von dieser Muttersprache zurückziehen oder von der slovenische Sprache, weil sie
einfach einen Konflikt vermeiden wollen.
Aus vielen Gründen, aus persönlichen Gründen.
Es hat mit kleinen oder größeren Verletzungen zu tun und da müsste man sozusagen tiefen
psychologische Bohrungen machen.
Doch in Hadellabs Roman prangen keine Bohrlöcher. Vieles bleibt Ahnung und Andeutung.
Die Schwere des Erlebten ist ohnehin in die Sprache und die Sprachlosigkeit eingeschrieben, die
Miras Zusammensein mit der Mutter prägt.
Erste Begegnung mit ihrer Jugendliebe Yuri fördert traumatische Kindheitserinnerungen und
schmerzhaftes Kapitel der Familiengeschichte zutage,
die Mira einst weggepackt hat, wie die verstaubten Kartons voller Schulhefte auf dem Dachboden.
Weil sie einfach Angst hat, sich mit dieser Geschichte der Großeltern und Urgroßeltern
auseinanderzusetzen.
Ich habe diese Angst bei sehr vielen Menschen gespürt.
Langsam lichtet sich der Blick auf Mutter und Großmutter auf ihr karges Leben als ungelernete
Arbeiterinnen, auf ihre Durchsetzungskraft und Willensstärke.
Es hat etwas mit den Bergen zu tun. Es hat etwas mit dieser Zwei-Sprachigkeit zu tun, mit dem

Sprachenkonflikt,

mit diesen sehr starken nationalen Konflikten, die sich hier zugetragen haben, mit den speziellen Schicksalen der Menschen.

Aber was die Frauen betrifft, denke ich, ist hier dieser Herter des Lebens schon sehr speziell gewesen.

Davon zeugt im letzten Drittel Anis Perspektive, die ebenfalls zurückblickt auf ihre Kindheit und ihre Mutter,

aber weder im Slowenischen noch im Deutschen, weder im Dialekt noch in der Hochsprache, die geeignete Ausdrucksform dafür findet.

Die Anne hat das Gefühl, sie hat überhaupt keine eigene Sprache.

Also wenn sie über ihre eigenen Empfindungen und ihre eigenen Geschichten was aufschreiben müsste, dann fehlt ihr alles.

Es fehlen ihr die Sätze, die mit ich beginnen, weil das verböht war.

Man findet sich in einem Niemandsland wieder, wenn man beginnt, von sich zu erzählen.

Ich glaube, dass das das Empfinden von Anne ist und sie möchte aber nicht spurlos von dieser Welt gehen.

Also verlegt sie sich aufs Zeichnen und gibt den Nachtfrauen auf berührende Weise Strich für Strich, Skizze für Skizze, ihre Geschichte zurück.

Der nahezu unbekanntes spanische Maler Ignacio Solorga hat seit lebensunpopuläre Themen aufgegriffen.

Abseits der spanischen Klischees Stierkämpfe Flamenco und Maurische Paläste stand bei ihm die bittere Armut im Mittelpunkt,

ausgetrocknete Landschaften und der Verlust von großen Kolonien im 19. Jahrhundert.

Noch heute wird er deshalb in Spanien gemieden.

Die Münchner Kunsthalle bieten mit ihm jetzt eine umfassende Schau, Susanne Lettenbauer.

Flamenco, Habanera, Gypsies, Schmuggler.

Wohl keiner hat das musikalische Spanienbild so geprägt wie Jean Spice.

Obwohl der Komponist Spanien nie persönlich erlebt hat.

Auch Schriftsteller wie Heinrich Heine oder Johann Gottfried Herder schrieben über Spanien, ohne je dort gewesen zu sein.

Sie alle kannten aber die Werke des Spaniers Ignacio Solorga, ein Star in Paris, St. Petersburg und Deutschland,

um die Wände vom 19. zum 20. Jahrhundert.

Noch bevor seine Gemälde in Spanien überhaupt beachtet wurden, hingen sie in Ausstellungen in Düsseldorf, München und Paris,

erzählt Kuratorin Nerina Santurios.

Das Entscheidende für ihn war ja, dass er wirklich das alte Spanien festhalten wollte.

Diese spanische Seele bewahren, weil das vom Aussterben bedroht war oder vom Verschwinden bedroht war.

1898 hatte Spanien seine letzten Kolonien an die USA verloren.

Ein Großteil der Bevölkerung war verarmt und genau das zeigt Solorga in seinen auf den ersten Blick Barocken gemälden,

die in München in neun Bereiche gegliedert sind.

Prostituierte, Bettler, Straßenmusikanten, Bauern vor kargen Landschaften,

Priester, ganz im Stile des 300 Jahre zurückliegenden goldenen Zeitalters der spanischen Malerei, von Diego Velazquez und Francesco de Guia.

Auf diese bezieht sich Solorga auch ganz bewusst und bildet damit ein Gegenpol zu Zeitgenossen wie Picasso.

Ein rückwärtsgewandter Anti-Impressionist sei er trotzdem nicht so die Kuratorin.

Ich glaube, er versteht sich tatsächlich eher als sowas wie den letzten Altmeister.

Aber wenn man solche Bilder anschaut wie den blutenden Christus mit dieser Christus-Skulptur in der Mitte

und den Figuren drum herum, die ganz vereinzelt sind, die keine geschlossene Gruppe mehr bilden, ich finde, das ist so ganz typisch moderne, man kennt das auch von Mané oder von anderen Künstlern,

diese Vereinzelung des modernen Individuums, also wenn man sich das ein bisschen genauer anschaut,

ist es doch um einiges moderner, als man auf den ersten Blick denkt.

Das Problem der eindeutigen kunsthistorischen Zuortbarkeit, die inhaltliche Konzentration auf das verarmte Spanien,

lässt seine Heimat noch heute Abstand von Solorga halten, weiß Carlos Alonso Pérez Fajardo, Leiter des Solorgo-Museums im spanischen Segovia.

Die Diskussion um das Werk von Solorga, die ja schon zu seinen Lebzeiten begann, dreht sich immer darum, ob er nicht ein falsches Bild von Spanien zeigt, uns als Barbaren und Bettler,

einen Mythos, den es so nicht gibt.

Er selbst wollte ja auch nie als reiner Dokumentarische sehen werden.

Und Spanien macht sich natürlich Sorgen um sein Image, das da transportiert wird.

In München ist es zu Magern nun umfassend zu erleben,

mit Werken aus Mexiko, Argentinien, den USA, Schweden und auch Frankreich, trotz massiv gestiegener Transport- und Versicherungskosten.

Eine so große klassische Ausstellung mit Leihgaben aus aller Welt

dürfte unter diesen Bedingungen die letzte gewesen sein, heißt es von der Kunsthalle.

Und um halb acht kommen wir jetzt zu den Meldungen.

Eva Maria Fohn, bitte.

In Wien treffen sich heute die Landeshauptleute mit Finanzminister Magnus Brunner von der ÖVP, um Bewegung in die Finanzausgleichsverhandlungen zu bringen.

Seit Monaten wird diskutiert, wie Steuereinnahmen zwischen Bundländern und Gemeinden in Höhe von 105 Milliarden Euro aufgeteilt werden.

Die Länder fordern mehr Geld, Finanzminister Brunner will über einen Zukunftsfonds projektbezogen zusätzliche Mittel für Wohnen, Klimas sowie die Kinderbetreuung freimachen.

Die Budget-Expertin vom Wirtschaftsforschungs-Institut Margit Schratzenstaller

sagt im Ö1-Interview, durch die hohe Inflation sei es nicht an der Zeit großzügig Mittel verteilen zu können.

Man müsse sich aber unbedingt einen Finanzierungsmechanismus für die Ausgaben für den Klimaschutz überlegen.

In New York beginnt die Generaldebatte der Vereinten Nationen.

Mehr als 20.000 Menschen diskutieren eine Woche lang,

[Transcript] Ö1 Journale / Morgenjournal um 7 (18.09.2023)

unter anderem über den Krieg in der Ukraine und den Klimaschutz.

Auch der ukrainische Präsident Volodymyr Selensky wird in New York erwartet.

Österreich wird doch Bundespräsident Van der Bellen und Außenminister Schallenberg vertreten.

Vorbeginn der UNO Generaldebatte sind gestern in New York 10.000 Menschen auf die Straße gegangen.

Sie protestierten für mehr Klimaschutz und das Ende fossiler Brennstoffe.

An den Protesten nahmen Unterstützer von rund 700 Organisationen und Aktivistengruppen teil.

Eine Woche nach der Flutkatastrophe in Libyen geht die Suche nach tausenden Vermissten weiter.

Tausende Tote wurden bisher vor allem in der Stadt Derna im Osten des Landes geborgen und es könnte weitere Gefahr drohen.

Das UNO-Nothilfe-Büro zeigt sich besorgt über zwei Dämme, nahe der teils zerstörten Stadt Derna und der Hauptstadt Benghazi, hinter denen sich große Wassermassen stauen sollen.

Das hätte heute kräftiger Südwind, dazu immer wieder Sonne, aber auch Wolken und am Nachmittag von Westen her Regen und Gewitter, die heftig ausfallen können.

Die Höchstwerte liegen heute zwischen 24 und 31 Grad.

Dankeschön Eva Fohn. Ihr Journalteam meldet sich wieder um 8 Uhr.

Bis dahin begleitet sie Sonja Batzger. Guten Morgen mit Ö1.

Und wir würden vorschlagen, in diesen Montag nicht mit Frust oder Gereiztheit zu starten, sondern mit Romantik und großen Gefühlen.

Guten Morgen mit Frederik Chopin.

Copyright WDR 2021